

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

1. Sitzung vom Montag, 26. März 2012, 18.00 – 20.20 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Thomas Bühler, Ratspräsident

Protokollführer

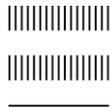
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

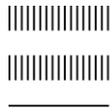
- 36 Mitglieder des Einwohnerrates (ab 18.30 Uhr 37 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

- Viviane Hösli, Einwohnerrätin
- Marcel Murri, Präsident FGPK, bis 18.30 Uhr
- Marcel Thüler, Einwohnerrat
- Jürg Seiler, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahmen	337
Inpflichtnahme von Urs Bürkli (FDP) und Christoph Wälle (FDP)	
2. Mitteilungen	337
3. Einbürgerungen	
2 Einbürgerungsgesuche (GK 115 und GK 116)	340
4. Kreditbewilligungen	
GK 118	341
Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2012 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)	
GK 119	343
Hochwasserschutzmassnahmen Riedtalbach (Hinteres Riedtal)	
5. Leasingverträge	
GK 120	346
Regionalpolizei Zofingen – Beschaffung Dienstfahrzeuge via Flottenleasing	
6. Machbarkeitsabklärungen Gemeindezusammenschlüsse	
GK 117	349
Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss der Gemeinden Brittnau und Zofingen – Auftragserteilung und Kreditbewilligung	
7. Parlamentarische Vorstösse	
GK 101	353
Interpellation von Marco Arni (glp/DYM) vom 12. September 2011 betr. Einführung des neuen Natur- und Bewegungskindergartens als Chance (Begründung und Beantwortung)	
GK 102	353
Postulat von Renata Siegrist, Marco Arni und Dominik Gresch (alle glp/DYM) und Mitunterzeichnende vom 12. September 2011 betr. Einführung von Betreuungsgutscheinen (Begründung und Beantwortung)	
8. Umfrage	354
9. Verabschiedungen	355



Begrüssung

Hr. **Thomas Bühler**, Ratspräsident, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Mit E-Mail des Ratssekretärs vom 22. März 2012 wurde über die Verschiebung von Traktandum 4 "GK 117: Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss der Gemeinden Brittnau und Zofingen – Auftragserteilung und Kreditbewilligung" informiert. Dieses Geschäft wird nach hinten verschoben und vor den Parlamentarischen Vorstössen (Trakt. 7) behandelt.

Nachdem keine Wortmeldungen eingegangen sind, können die Geschäfte in der neuen Reihenfolge behandelt werden und die Traktandenliste gilt mit der Verschiebung somit als genehmigt.

Art. 93

Inpflichtnahmen

Der **Vorsitzende** bittet die beiden Einwohnerräte Urs Bürkli (FDP) und Christoph Wälle (FDP) für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

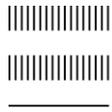
Die beiden Einwohnerräte Urs Bürkli (FDP) und Christoph Wälle (FDP) leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Der **Vorsitzende** dankt den Herren Bürkli und Wälle für ihre Bereitschaft, im Einwohnerrat mitzuwirken und wünscht ihnen viel Durchhaltevermögen, Geduld und Freude bei der verantwortungsvollen Arbeit.

Mitteilungen

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es einige Mitteilungen zu verlesen gibt, da seit November 2011 keine Sitzung mehr stattgefunden hat. Für die heutige Sitzung haben sich Viviane Hösli (SP), Marcel Thüler (SP) und Jürg Seiler (SVP) abgemeldet. Marcel Murri, Präsident FGPK und Sprecher des nach hinten verschobenen Geschäftes GK 117, erscheint etwas später. Der Rat ist mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig.

Hr. **Thomas Bühler, Ratspräsident**, ergreift an dieser Stelle die Gelegenheit, einige Worte an die Anwesenden zu richten. In seiner Antrittsrede bedankt er sich ganz herzlich bei allen Mitgliedern des Einwohnerrates für das ihm mit der Wahl entgegengebrachte Vertrauen. Er übernimmt das Amt als Einwohnerratspräsident mit viel Freude, aber auch mit grossem Respekt. Hr. **Thomas Bühler** bedankt sich bei allen Stadträtinnen und Stadträten, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten, dass



sie sich für die Stadt Zofingen mit grossem Engagement für das Wohlergehen aller Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen. Weiter bedankt er sich bei Allen, welche sich in Vereinen, kulturellen oder sozialen Institutionen zum Wohle der Zofingerinnen und Zofingern engagieren. Damit es Zofingen gut geht, braucht es innovative und engagierte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Das zeigen die beiden entscheidenden kommunalen Abstimmungen vom 11. März 2012. Zum einen, Initiative Blaue Zone / Gegenvorschlag und zum anderen die Kreditbewilligung für das Bauvorhaben des Seniorenzentrums mit Pflegeabteilung. Hier sind für die Alterswohnungen erfreulicherweise bereits eine Anzahl Reservationen eingegangen.

In den noch verbleibenden 2 Jahren dieser Legislatur werden die Einwohnerratsmitglieder bei Sachabstimmungen im Einwohnerrat immer das Wohlergehen unserer Stadt in den Fokus stellen, und so die Bedürfnisse unserer Gesellschaft abklären und weiterentwickeln. Das Diskutieren um politische Lösungen ist eine verantwortungsvolle Arbeit und soll auch als solche akzeptiert und gelebt werden. Jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat ist in die Gesellschaft eingebunden und kann so auf wertvolle Erfahrungen zurückgreifen und sich zum Wohle der Gesellschaft wiederum einbringen. Dafür dankt Hr. **Thomas Bühler** allen, welche ihn selber auf dem bisherigen politischen Weg begleitet und beraten haben. Man hat auch die Pflicht, jungen Menschen aufzuzeigen, dass politische Arbeit zum Wohle unserer und ihrer Stadt Freude bereiten kann. Nur so können wir unsere Mitmenschen motivieren, bei diesen wichtigen Arbeiten mitzumachen.

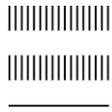
Der **Präsident** wünscht sich, dass die von seiner Vorgängerin, Fr. Patricia Kettner, aufgestellten Spielregeln weiterhin Gültigkeit haben:

1. Vertrauen
2. Verantwortungsbewusstes Handeln zum Wohle der Stadt Zofingen
3. Respekt

Verantwortungsbewusstes Handeln bedeutet, dass der Einwohnerrat sein Handeln in den Dienst der Bevölkerung stellt. Die Verantwortung ist gross, der Einwohnerrat trägt immerhin die Verantwortung für ein jährliches Budget von über CHF 70 Mio. Noch mehr übertragene Aufgaben von Bund und Kanton müssen umgesetzt werden, und die Ansprüche der Bevölkerung werden nicht kleiner. Diese Aufträge sind bei stagnierenden Steuereinnahmen nicht leicht zu bewältigen. Wer sich für die Zofinger Politik engagiert, muss respektvoll und konstruktiv mit den politischen Werkzeugen umgehen können. Durch eine klare Formulierung und Begründung der Anträge kann sichergestellt werden, dass der Einwohnerrat zu Sachgeschäften „Ja“ oder „Nein“ sagen kann. Nur so gelangt man zu klaren Entscheiden. Wer sich für die Anliegen und Wünsche der Bevölkerung einsetzt, setzt sich dieser auch aus. Manchmal spürt man starken Gegenwind aber es können und sollen auch Freundschaften entstehen.

Hr. **Thomas Bühler** dankt im Voraus allen für eine konstruktive Zusammenarbeit während seiner Präsidialzeit.

Der **Ratspräsident** gibt die **Resultate** der beiden kommunalen Volksabstimmungen vom 11. März 2012 bekannt.



Einführung Blaue Zone

In Betracht fallende Stimmzettel		3744
Stimmbeteiligung		48,9 %
Volksinitiative	1137 JA	2478 NEIN
Gegenvorschlag	2792 JA	793 NEIN
Stichfrage Initiative 996 zu Gegenvorschlag 2610		

Die Stichfrage musste nicht in Betracht gezogen werden weil der Gegenvorschlag klar angenommen und zur Initiative klar NEIN gesagt worden ist.

Kreditbewilligung für Bauvorhaben Seniorenzentrum

In Betracht fallende Stimmzettel		3645
Stimmbeteiligung		48,1 %
Ergebnis	2318 JA	1327 NEIN

Nachdem gegen das **Protokoll** der Einwohnerratssitzungen vom 12. September 2011 innert Frist keine Einwände eingegangen sind, gilt dieses als genehmigt. Das Protokoll vom 24. Oktober 2011 wurde heute an den Plätzen aufgelegt. Innert 10 Tagen können allfällige Einwendungen an das Ratsbüro gerichtet werden. Das Protokoll der Sitzung vom 28. November 2011 ist wegen personeller Unterbesetzung bei der Stadtkanzlei noch ausstehend. Dieses wird so rasch als möglich zugestellt.

Für den noch nicht besetzten zweiten Sitz der FDP-Fraktion in der **Spezialkommission Ortsplanungsrevision** wurde Urs Bürkli nachnominiert. Dieser hat bereits an den Sitzungen teilgenommen.

Zur **Abweisung der Beschwerde** von Einwohnerrat Michael Wacker, SP, betreffend **Abstimmungsverfahren beim Geschäft Schulsozialarbeit** durch die Gemeindeabteilung des DVI, wurde eine betreffende Medienmitteilung am 13. Februar 2012 zugestellt. Der Beschwerdeführer hat das Abstimmungsverfahren im Einwohnerrat beanstandet, welches sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Einwohnergemeinden richtet. Weder das Gemeindegesetz noch das Gesetz über politische Rechte enthalten Vorschriften, auf welche Weise Sachabstimmungen durchzuführen sind, wenn zum gleichen Verhandlungsgegenstand mehrere Anträge vorliegen. Die Begründungen sind auf 11 Seiten detailliert aufgeführt und kommen zum Ergebnis, dass die Gemeindebeschwerde vom 14. September 2011 abgewiesen wird, soweit darauf einzutreten ist. Verfahrenskosten werden keine erhoben.

Der **Vorsitzende** verliest die Rücktrittsschreiben von **Bruno Blöchliger**, FDP, und **Anita Bolliger**, DYM/EVP, auf Ende März 2012.

Per 1. April 2012 rücken **Maja Freiermuth**, FDP, und **Urs Plüss**, DYM/EVP, nach.

Die Einwohnerratsmitglieder wurden mit E-Mail vom 8. Dezember 2011 mit dem **Kulturförderkonzept** bedient.

Mit dem Versand der heutigen Sitzungsunterlagen wurde auch die Broschüre **Naturnetz-Veranstaltungen 2012** zugestellt.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Protokoll Einwohnerratssitzung 24. Oktober 2011
- Telefonliste
- Sitzordnung
- Zofinger Schreibblock

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auch von zwei ehemaligen Einwohnerräten Abschied genommen werden musste. Hr. Walter Tschannen (ER von 1966 bis 1973) und Hr. René Wyss (u.a. ER von 1984 bis 1992) dienten beide mit grossem Engagement ihrer Wohngemeinde. Der Vorsitzende liest aus den Beileid-Briefen des Stadtrates an die Trauerfamilien vor. Im Namen des Einwohnerrates dankt der Vorsitzende den Verstorbenen für ihren grossen, uneigennütigen Einsatz für die Öffentlichkeit, und entbietet den Angehörigen seine Anteilnahme. Er bittet alle Anwesenden, sich zu Ehren der Verstorbenen für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

Art. 94

Einbürgerungen

GK 115 und GK 116

Der **Präsident** erklärt, dass die beiden Geschäfte GK 115 und GK 116 zusammen beraten werden, dass jedoch einzeln über diese abgestimmt wird.

Fr. **Miriam Ruf-Eppler**, Referentin der FGPK in Stellvertretung des entschuldigten Marcel Thüler, erklärt, dass die FGPK am 8. März 2012 die Einbürgerungsgesuche der Gesuchsteller (GK 115 und GK 116) geprüft und beraten hat. Das Gespräch mit der Einbürgerungskommission hat bereits am 9. November 2011 stattgefunden.

Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat beide Gesuche zur Annahme.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt der **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 115

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 116

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

Der **Vorsitzende** gratuliert den Gesuchstellenden zum Zofinger Bürgerrecht.

Art. 95

GK 118

Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2012 für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP)

Fr. **Miriam Ruf-Eppler**, Sprecherin der FGPK, erklärt, dass die FGPK am 8. März 2012 über das Geschäft GK 118 beraten hat. Gemäss Gewässerschutzgesetz sind die Gemeinden dafür verantwortlich, dass die Abwasseranlagen vorschriftgemäss funktionieren und betrieben werden. Wo nötig muss renoviert und erneuert werden. In einem Gesamtsanierungskonzept sind in verschiedenen Prioritätsklassen die notwendigen Sanierungen aufgelistet. Dieses Sanierungskonzept dauert ca. bis ins Jahr 2020, danach erfolgt wieder eine Neubeurteilung. Der vorliegende Antrag GK 118 ist nicht der Erste und nicht der Letzte, welchen man hier auf dem Tisch hat. 2010 wurde erstmals über eine solche Tranche abgestimmt und 2011 folgte die zweite Tranche zur Abstimmung im Wohnerrat. Diese beiden Tranchen sind abgeschlossen. Heute liegt die dritte Tranche dieser ersten Priorität auf dem Tisch. Es gibt dieses Jahr eine kleine Erneuerung an der Bachgasse, alle anderen Teilprojekte werden entweder mittels Inliner renoviert oder mittels Roboter repariert. Im Teilprojekt Bachgasse, in dem die Strasse aufgemacht und total erneuert werden muss, stellte sich in der FGPK die Frage, ob das kleine, schmale Trottoir, vor dem Ex Libris, gleichzeitig mit der Sanierung Bachgasse eliminiert werden könnte. Marcel Wehrli, Projektleiter TB/P, hat dies abgeklärt. Die Kosten sind für eine Eliminierung nicht all zu hoch und nun wird anscheinend das Trottoir entfernt. Dazu wird zu einem späteren Zeitpunkt jedoch noch eine weitere Frage im Plenum gestellt.

Diese CHF 700'000.– für die dritte Tranche sind im Investitionsplan für das Jahr 2012 aufgelistet. Die FGPK hat diese Vorlage einstimmig gutgeheissen und empfiehlt diesen Antrag des Stadtrates zur Annahme.

Der **Vorsitzende** begrüsst um 18.30 Uhr Marcel Murri, Präsident FGPK. Mit seinem Eintreffen sind nun total 37 Wohnerräte anwesend.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Eveline Anderegg**, SVP, ist überzeugt, dass das Geschäft GK 118 Abwasserbeseitigung – Bewilligung eines Rahmenkredites 2012 von CHF 700'000.– für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP) ganz klar notwendig ist. Auch die dritte Tranche benötigt unser aller Einverständnis. Wenn diese Sanierung nicht gemacht wird, ist ganz klar mit höheren Kosten zu rechnen. Ein Leitungsbruch, der auch im Grundwasser Schäden hinterlassen kann, das will und braucht man nicht. In dieser Etappe müssen nur wenige Leitungen erneuert werden; man kann mit der Inlinertechnik viel reparieren. Da diese CHF 700'000.– im Finanzplan bereits so vorgesehen sind, sollte diese Sanierung doch eine saubere Sache sein. Die Fraktion der SVP unterstützt die Umsetzung des generellen Entwässerungsplanes, das heisst, die Sanierung der Abwasserleitungen.

Hr. **Benno Riss**, SP, erklärt, dass es klar ist und man diese Abwasserleitungen instand stellen muss. Mit dieser Tranchentaktik ist dies sicher gut machbar. Parallel zum Sanierungs-Geschäft GK 118, läuft noch das Projekt Wassertrennung zwischen Schmutzwasser und Sauberwasser. Für Benno Riss stellt sich generell die Frage in wie weit diese Wassertrennung im Abwasserkonzept berücksichtigt wird. Früher wurden die Strassen aufgemacht, die Leitungen im Tagbau ersetzt und man hätte in diesem Rahmen gleichzeitig eine Sauberwasserleitung verlegt, das geht mit den neuen Technologien nicht mehr. Weiter interessiert Benno Riss das Planungsdatum betreffend dem Teil-

projekt Bachgasse, in dem die Strasse aufgemacht und total erneuert werden muss. Er geht davon aus, dass dies nicht während dem Kinderfest stattfindet, denn sonst hätte man ein Problem mit dem Rock-and-Roll-Konzert auf dem Lindenplatz.

Hr. **Andreas Rügger**, FDP, nimmt vorweg, dass die Umsetzung des GEP seitens der FDP-Fraktion eine unbestrittene Angelegenheit ist. Es wurde bereits erwähnt, dass es sich um eine Aufgabe handelt, bei der das übergeordnete Bundesrecht und das kantonale Recht der Stadt Zofingen aufgezungen wird. Die Fraktion der FDP betont, dass ihr die Werterhaltung der Infrastruktur der Stadt Zofingen am Herzen liegt und man die Aufgabenerfüllung sehr begrüsst. Auch, und das möchte er betonen, wenn es sich bei einem Rahmenkredit von CHF 700'000.– um keinen Pappenstiel handelt. Die Fraktion der FDP kommt zum Schluss, dass sie dem Einwohnerrat die Annahme der Vorlage GK 118 empfiehlt.

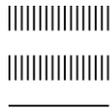
Hr. **Robert Weishaupt**, DYM, bemerkt, dass die dritte Etappe des GEP ansteht und die Fraktion der DYM diesem Antrag zustimmt. So ist gewährleistet, dass das Abwassernetz auch in Zukunft in Schuss gehalten wird. Mittels Sanierung durch Inliner oder Roboter werden die Kosten tief gehalten, und man spart mit diesem Vorgehen gutes Geld. Besser als zu warten und dann später teure Gesamtsanierungen durchführen zu müssen. Bei der Bachgasse muss jedoch der Bagger auffahren und genau aus diesem Grund passt es gut, das schmale Trottoir entlang der Liegenschaft Bachgasse 1 zu entfernen. Dieses Trottoir bringt niemandem etwas, das Altstadtbild in der Fussgängerzone könnte so gleichzeitig einheitlich gestalten werden, und nicht zuletzt wird auch noch eine Stolperfalle entfernt. Robert Weishaupt informiert, dass er von der Bauverwaltung, Marcel Wehrli, den Aufpreis betr. Trottoirentfernung erhalten hat. Der m² Neupflasterung kostet ca. CHF 120.–, und es müssten ca. 3 m² neu gemacht werden. Selbst wenn es doppelt so viel kostet, was bestimmt der Fall sein wird, wenn der Einwohnerrat baut, wären diese Kosten noch im Rahmen. Er erklärt, dass er einen Antrag betr. Entfernung des Bachgasse-Trottoirs verfasst hat. In der Zwischenzeit hat er jedoch vom Stadtrat gehört, dass man dieses Trottoir so oder so entfernen möchte. Wenn dies Stadtrat Rolf Moor so bestätigen kann, regeln wir dies einfach und unkompliziert, ohne grossen Antrag. Zudem ist Robert Weishaupt überzeugt, dass mit einer geschickten Auftragsvergabe alles ohne Budgetüberschreitung gemacht werden kann.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, bezieht sich auf die Sanierungs-Frage der Bachgasse und bestätigt die Eliminierung des Trottoirs. Dies wurde vom Stadtrat abgeklärt und der finanzielle Aufwand für die Entfernung des Trottoirs findet Platz im besagten Kredit, resp. sollte keine Mehrkosten verursachen. Die angegebene Sanierungs-Berechnung dieser 3 m² für CHF 120.–/m² basiert auf einer Ausschreibung. Bei einer genauen Kostenanalyse muss beachtet werden, dass zusätzlich noch Kosten z.B. für die Baustelleninstallation dazu gerechnet werden.

Hr. Rolf Moor, erklärt betreffend der zweiten Frage von Benno Riss weiter, dass die Trennung des Sauber- und Schmutzwassers beim Geschäft GK 118 nicht vorgesehen ist. Geprüft wird eine solche Trennung jeweils bei grösseren Kanalisationsarbeiten, bei welchen auf längerer Strecke saniert oder gar die Strasse aufgemacht werden muss. Wie schon erwähnt, wird bei der dritten Tranche der Umsetzung GEP grösstenteils ohne Bagger saniert, d.h. ohne Öffnen eines Grabens.

Zur letzten Frage antwortet Rolf Moor, es werde selbstverständlich darauf geachtet, dass um den Kinderfest-Termin herum, keine Bagger im Festbereich stehen werden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.



Das Wort wird nicht verlangt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Ratspräsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Sanierung von Abwasserleitungen (Umsetzung GEP) sei für das Jahr 2012 ein Rahmenkredit von CHF 700'000.– inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 96

GK 119

Hochwasserschutzmassnahmen Riedtalbach (Hinteres Riedtal)

Hr. **Robert Weishaupt**, Sprecher der FGPK, führt aus, die FGPK habe an der Sitzung vom 8. März 2012 das Geschäft GK 119 geprüft und nach kurzer Debatte dem stadträtlichen Antrag einstimmig zugestimmt. Werner Ryter und Marcel Wehrli vom Bereich Tiefbau und Planung, haben der FGPK das Projekt erläutert. Das jetzt vorliegende Projekt ist aus den Diskussionen mit den verschiedenen Grundeigentümern entstanden. Ursprünglich wollte man viel mehr renaturieren. Diese Variante ist jedoch nicht von allen Anstössern im hinteren Riedtal akzeptiert worden. Wegen des zu kleinen Anteils an Bachöffnungen entgehen uns Bundesgelder. Immerhin bleiben uns in einem Umfang von 40 % noch Gelder des Kantons. Warum dieses Geschäft nicht über die Abwasserrechnung sondern über die laufende Rechnung läuft, konnten die Einwohnerratsmitglieder dem FGPK-Protokoll, S. 204, entnehmen. Mit dem vorliegenden Projekt soll der Hochwasserschutz im gesamten hinteren Riedtal sichergestellt werden. Die geplanten Massnahmen werden gemäss Bauverwaltung von den betroffenen Anwohnern getragen. Die FGPK empfiehlt einstimmig, dieser stadträtlichen Vorlage zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **André Kirchhofer**, FDP, stellt fest, dass CHF 1 Mio., zusammen mit dem GK 118, eine rechte Stange Geld bedeuten. Jetzt könnte die Bevölkerung denken, dass man nichts davon hat und nichts davon sieht und der Einwohnerrat winkt den Antrag einfach so durch. Um es vorweg zu nehmen, die Fraktion der FDP ist für dieses Geschäft. Er möchte dies mit drei Argumenten begründen. Erstens ist sachlich gesehen eine Modernisierung notwendig, der aktuelle Zustand ist, wenn man das so sagen darf, recht rustikal. Zweitens aus Sicherheitsgründen, da Überschwemmungen ein Risiko bedeuten, und der Schutz der Bevölkerung oder von Gebäuden wichtiger ist, als auf das Geld zu schauen. Zum Dritten sollen solche Anliegen nicht aufgeschoben werden, sondern man kann kontinuierlich in Etappen erneuern, so wie man dies auch im vorhergehenden Geschäft schon gehört hat. In diesem Sinne ist es nicht ein Durchwinken einer hohen Summe, sondern es ist eine sorgfältige Prüfung. Die FDP-Fraktion empfiehlt, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, führt aus, dass die Probleme des Überlaufens des Baches im hinteren Riedtal bekannt und die Massnahmen deshalb angezeigt sind. Bezüglich der Kosten und des Umfangs des Eingriffes kann festgestellt werden, dass es ein ursprüngliches Projekt gegeben hat, welches in der Vorlage nicht erwähnt ist, und welches viel umfangreicher war. Darum wird die vorliegende Massnahme von der SVP-Fraktion grundsätzlich unterstützt. Für ihn stellt sich die Frage be-

treffend die wiederkehrenden Kosten, denn ein solcher Bach muss unterhalten werden. Nicht nur die Bestockung des Ufers, sondern auch die Bachlaufreinigung ist ein Teil des Hochwasserschutzes in jedem Bach. Zusätzlich müssen bei einer solch hohen Böschung evtl. später auch Reparaturen erfolgen. Wie ist dieser Unterhalt organisiert, und welche Aussage kann der Stadtrat zu den allfälligen Kosten machen.

Weiter geht es um den Abschnitt der offen gelegt werden soll. Momentan ist der Bach eingedolt und befindet sich neben dem grossen Gebäude des Pächters des Ortsbürgerhofes. Die Familie Grossbacher besitzt auf diesem grossen Hof ein Gebäude im Baurecht. Vor ca. 10 Jahren wurde der Stall vom letzten Pächter, auf eigene Kosten, erweitert. Die OBG hat ein Baurecht für das Gebäude längs entlang des Baches gewährt, welches als Fresshalle für den grossen Viehbestand dient. Diese Halle ist in einem Gesamtkonzept erweiterungsfähig, oder anders gesagt, diese Fresshalle wird jetzt nur halb genutzt und gegen den Bach wäre eigentlich mal eine Erweiterung angedacht gewesen. Der heute gemäss Gewässerschutzgesetz gültige Bauabstand von 4 m gegenüber eines eingedolten Baches wäre nach Öffnung des Baches nicht mehr gewährleistet. Somit hat der Baurechtseigentümer eine grosse Einschränkung auf seinem Baurecht. Markus Gfeller stellt fest, dass hier mit dem Pächter der OBG ein Konfliktpotenzial besteht, und regt deshalb an, dies vor dem Baugesuchsverfahren zu diskutieren. Aus landwirtschaftlicher Sicht könnte man diesen Abschnitt auch eingedolt lassen. Aus ökologischer Sicht ist wahrscheinlich festzuhalten, dass die ca. 30 m entlang der Strasse keinen grossen Mehrwert ergeben und deshalb ein Verzicht auf eine Öffnung zu verantworten wäre.

Hr. **Benjamin Gut**, SP, erklärt, dass für die Fraktion der SP das Geschäft nach Studium und Beratung in Ordnung ist, unter anderem weil der Bedarf nachvollziehbar nachgelesen werden konnte. Was der SP gefehlt hat, ist die Beschreibung der 6 verschiedenen Varianten des ersten Projektes, welche offenbar einen grösseren Renaturierungsgrad gehabt hätte, und man dadurch eine grössere Unterstützung an Bundesgelder hätte erwarten dürfen. Es stellt sich für die SP daher die Frage, wieso die ersten Varianten aus Sicht der Anwohner nicht funktioniert hätten. Grundsätzlich wünscht sich die SP-Fraktion bei solchen Projekten eine naturnahe Ausführung mit einem hohen Renaturierungsgrad, und dass man bei den Arbeiten auf natürliche Schutzfunktionen unserer Umgebung zurückgreift. Man versteht, dass die Zusammenarbeit mit den Anwohnern sehr wichtig ist, um eine allseitige Akzeptanz zu finden, und dann auch die Realisierung in nützlicher Frist durchführen zu können. Die Fraktion der SP stimmt dem stadträtlichen Antrag geschlossen zu.

Wer die Situation im hinteren Riedtal kennt, der weiss, dass nicht nur das Hochwasser ein Problem bildet, wie Hr. **Robert Weishaupt**, DYM, erklärt, sondern auch die offene Bachführung entlang der Parzelle 38 und der Liegenschaften 67 und 69. Man weiss auch, dass die meisten schmunzeln wenn man vom Hochwasser im hinteren Riedtal spricht. Dieses kleine Bächlein hat jedoch ein grosses Einzugsgebiet, welches weit in den Wald hinauf reicht. So genügt es eben ab und zu, dass ein starkes Gewitter dieses Bächlein zum Überlaufen bringt, weil die Kanäle das Wasser nicht mehr auffangen können. So sucht sich das Wasser dann den Weg in die Keller, in die Garagen und Ställe. Die Fraktion der DYM findet es richtig, dass dies mit den geplanten Massnahmen künftig verhindert wird. Die Kosten befinden sich im grünen Bereich, und die DYM verlässt sich auf diese Angaben. Die DYM-Fraktion wird somit dem Antrag für die Umsetzung der Hochwasserschutzmassnahmen zustimmen.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, bezieht sich auf die Finanzierung und stellt richtig, dass diese über die Abwasserkasse erfolgt, dies kann im Voranschlag 2012 auf S. 17, Punkt 5.2 Abwasserbeseitigung (Kto-1.711.501.82, mit CHF 325'000.–) nachgeschlagen werden.

Zur Renaturierungsfrage erklärt Rolf Moor, dass bereits im vorherigen Projekt erwähnt wurde, dass man vermehrt auf Renaturierung setzt. Bei der Vorstellung des Projektes wurde von den Anstössern, kritisch bemerkt, dass das Landwirtschaftsland zu sehr zerstückelt werde. Deshalb hat man das Projekt zusammen mit dem Kanton und dem Ingenieurbüro noch einmal überarbeitet. So ist das vorliegende Projekt entstanden. Das aktuelle Projekt wurde den Anstössern erneut vorgestellt und mit ihnen besprochen. Diese befanden die überarbeitete Vorlage soweit als in Ordnung.

Hr. Rolf Moor führt weiter aus, dass die Öffnung des Baches beim Pächterhof der Ortsbürgergemeinde dessen Entwicklungsmöglichkeit nachhaltig einschränken wird. Wenn dort eine Umnutzung vorgesehen ist, müssen die Abstandsvorschriften der Verordnung zum Gewässerschutzgesetz des Bundes sowie das Eidg. Raumplanungsgesetz berücksichtigt werden. Im Weiteren hat der Stadtrat einen Kredit für die Vorplatzsanierung des Pächterhofes, mit einer Entwässerung, welche an die Kanalisation angeschlossen wird, bewilligt. Der Stadtrat ist jedoch bereit, dieses Anliegen entgegen zu nehmen. Es werden während der Detailprojektierung und während der Ausführung noch verschiedene Gespräche mit den Anstössern und Eigentümern stattfinden. Gemäss heutigem Wissensstand sieht der Stadtrat bei Ausführung dieses Projektes keine Einschränkungen der baulichen, resp. betrieblichen Entwicklung.

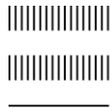
Zur Frage, wer die wiederkehrenden Kosten für den Unterhalt der neuen Bachböschung übernimmt, erklärt Stadtrat Rolf Moor, dass diese noch nicht abschliessend geregelt ist. Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten. Nachdem die Einwohnergemeinde Zofingen für den Unterhalt verantwortlich ist, kann dies dem Werkhof übertragen werden, sofern die Kapazitäten vorhanden sind. Es ist aber auch denkbar, dass ein Unterhaltsvertrag mit dem Eigentümer der Parzelle abgeschlossen wird. Damit hätte dieser einen zusätzlichen Verdienst. Die Kosten werden in der Regel zwischen Kanton (40 %) und Stadt (60 %) aufgeteilt. Diese bewährte Praxis gilt seit Jahren auch bei anderen Gewässern auf dem Zofinger Stadtgebiet.

Hr. Rolf Moor, Stadtrat, weist auf die Vorlage hin, in der festgehalten ist, dass von den Bruttokosten 40 % (CHF 180'000.–) vom Kanton und 60 % (CHF 270'000.–) von der Stadt übernommen werden. Über allfällige nachträglich erhöhte Subventionen, je nach Renaturierungsumfang, kann er zum heutigen Zeitpunkt keine Auskunft geben.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Fr. **Yolanda Senn Ammann**, farbtupfer, fragt sich, ob Markus Gfeller mit der Antwort des Stadtrates zufrieden ist. Sie empfindet die Aussage von Stadtrat Rolf Moor, dass während dem Bau mit den Anwohnern Gespräche geführt werden, etwas wage, wenn man bedenkt, dass der Einwohnerrat heute über dieses Projekt entscheidet.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, präzisiert: Bezüglich des Bachabstandes (4 m bei geschlossener Führung und 6 m bei offenem Bach) sind die Hände gebunden und die Gesetze einzuhalten. Er wiederholt, dass man diese Situation zusammen mit dem Kanton erneut prüft, bevor es zur Ausführung kommt. Wenn ein Bach saniert wird, kann man sich vorstellen, dass es Baubegehungen und Baubesprechungen geben wird, an denen der Kanton dabei ist, und an welche auch die Anstösser eingeladen werden. Dann sieht man vor Ort, ob man evtl. die Böschung noch angleichen kann oder sonst etwas ändern müsste. Es gibt sicher keine grossen Veränderungen des Projektes selber, das sind kleine Anpassungen. Wie gesagt, das Anliegen wird aufgenommen, grundsätzlich will man das Projekt so



durchziehen wie vorgegeben. Man macht nicht eine Zusicherung, um dann das ganze Projekt wieder zu ändern.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Umsetzung der Hochwasserschutzmassnahmen im hinteren Riedtal sei ein Bruttokredit von CHF 450'000.–, zuzüglich allf. Teuerung, abzüglich allf. Beiträge, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:1 Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Der **Vorsitzende** begrüsst auf der Tribüne die Delegation des **Gemeinderates Brittnau** für das Traktandum 7. Das weitere Programm sieht nun eine kurze Pause von 15 Minuten vor. Anschliessend wird das Traktandum 6, Regionalpolizei Zofingen – Beschaffung Dienstfahrzeuge via Flottenleasing, GK 120, behandelt. Danach folgt Traktandum 7, Machbarkeitsabklärung Zusammenschluss der Gemeinden Brittnau und Zofingen – Auftragserteilung und Kreditbewilligung, GK 117.

Sitzungspause

Art. 97

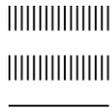
GK 120

Regionalpolizei Zofingen – Beschaffung Dienstfahrzeuge via Flottenleasing

Hr. **Michael Müller**, Referent der FGPK, erklärt, dass das vorliegende Geschäft an der FGPK-Sitzung vom 8. März 2012 durch Stadträtin Christiane Guyer und Markus Wickihalter, Leiter Repol, vertreten wurde. Zur Aufgabenerfüllung für diese 23 Vertragsgemeinden, steht der Repol heute eine Flotte von 8 Fahrzeugen zur Verfügung. Mit der beschlossenen personellen Verstärkung, der strukturellen Anpassungen, wird diese Flotte mittelfristig um ein Fahrzeug auf 9 erhöht. Zudem müssen zyklisch immer wieder laufende Ersatzinvestitionen geplant und vorgenommen werden. Folgender Fahrzeuersatz ist in den nächsten Jahren damit eingeplant. 2012 und 2013 jeweils zwei Fahrzeuge, 2014 drei Fahrzeuge, 2015 und 2016 jeweils ein Fahrzeug. Mit dem Wechsel von der Selbstfinanzierung hin zur Leasing-Lösung, hat man insbesondere den administrativen Aufwand aber auch die jährlich wiederkehrenden Kosten im Griff. Diese können gesenkt werden. Aus eigener Erfahrung in der Verantwortung über eine Grossflotte, ist ihm bekannt, dass eine Full-Leasing-Möglichkeit eine super Lösung ist, um die laufenden Kosten auf einem tiefen Niveau halten zu können. Die FGPK begrüsst die Transparenz und die gute Vorarbeit, welche das zuständige Ressort an den Tag gelegt hat, sowie auch das umsichtige Vorgehen, den Einwohnerrat in eine strategische Entscheidung mit einzubinden. Die FGPK empfiehlt, dem Antrag des Stadtrates für einen Verpflichtungskredit von CHF 492'000.– bis 2014, zuzustimmen.

Der **Vorsitzende** fragt den Einwohnerrat an, ob Eintreten bestritten ist.

Hr. **Andreas Rügger** erklärt, dass die FDP-Fraktion ein **Nichteintreten** auf die Vorlage GK 120 beantragt. Zur **Begründung** eine kurze Stellungnahme: Der Bedarf von neuen Polizeiautos ist aus Sicht der FDP unbestritten, aber alleine der Bedarf reicht nicht aus, um eine derartige Beschaffung



zu tätigen. Damit wurde das Wort bereits genannt, Beschaffung – Submission – Güterbeschaffung. Darunter fällt auch das Leasing von Autos nach § 8a Abs. 3 des Kantonalen Submissionsdekretes. Dort beträgt der Schwellenwert für die Anwendung eines offenen Verfahrens (§ 8, Abs. 1 lit. b) CHF 250'000.–. Die beantragte Beschaffung von knapp CHF 500'000.– überschreitet diesen Schwellenwert ganz klar. Darum reicht es nicht aus, wenn man nur eine einzelne Offerte der Firma Auto-Interleasing AG in Dietikon einholt. Aus der Unterlage zu GK 120 geht nicht hervor, dass diese Offerte nur zur Berechnung eines Kostenvoranschlages unverbindlich eingeholt worden ist. Die FDP-Fraktion beantragt deshalb ein Nichteintreten, damit der Stadtrat dieses Geschäft erneut prüft, und nach erfolgter öffentlicher Submission nochmals mit den verbindlichen Zahlen, welche wahrscheinlich tiefer liegen werden, dem Einwohnerrat vorlegen kann.

Der **Vorsitzende** fährt mit der Eintretensdebatte fort.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, ist überzeugt, dass man heute auf dieses Geschäft GK 120 eintreten sollte. Es ist irritierend, dass sich heute ausgerechnet die FDP-Fraktion mit einer Rückweisung, resp. mit Nichteintreten äussert, welche doch gemäss Protokoll, an der FGPK-Sitzung, durch Abwesenheit gegläntzt hat. Sie fragt sich, was es bringt, drei verschiedene Offerten miteinander zu vergleichen. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, innerhalb von 3 Monaten diese Vorlage zu unterbreiten. Wie alle wissen, die im geschäftlichen Alltag mit Leasing zu tun haben, können die Prozentsätze von Woche zu Woche variieren, und wenn man vor 3 Monaten eine Vorlage schreiben musste, und innerhalb dieser 3 Monate diese abschliesst, ist es nicht mehr relevant, was damals gewesen ist. Eine Offerte ist in der Regel 30 Tage gültig, daher wundert sie sich und fragt sich, was dies hier soll. Die DYM will heute sicher über dieses Geschäft verhandeln.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, nimmt zum Nichteintretensantrag der FDP-Fraktion Stellung. Auch sie ist irritiert über ein Nichteintreten der FDP, da diese Fraktion, wie schon erwähnt wurde, nicht an der FGPK-Sitzung präsent war. Es wäre sehr anständig gewesen, wenn man mindestens dann auch persönlich informiert worden wäre. Grundsätzlich versteht sie das Anliegen der FDP, gerade im Zusammenhang mit der Diskussion, rund um das Altersheim. Sie ist sich durchaus bewusst, dass die Entscheidung um das richtige Auswahlverfahren, eine grosse Bedeutung hat. Primär ist für das Auswahlverfahren, darüber hat Andreas Rüegger bereits informiert, das Submissionsdekret des Kantons Aargau massgebend. Nach diesen Bestimmungen muss die ausführende Behörde – und das ist hier der Stadtrat – handeln, und das wird er auch. Dies ist nicht irgendein politischer Entscheid. Heute ist die Aufgabe des Einwohnerrates, grundsätzlich über die Änderung unseres Beschaffungswesens im Bereich der Fahrzeuge zu entscheiden. Weiter geht es darum, ob man prinzipiell in dieses Leasing-System übertreten will, und ob man ja sagt, zu diesem Verpflichtungskredit für die 5 Verträge. Die Offerte ist bei der Firma Auto-Interleasing AG eingeholt worden um eine brauchbare, unabhängige Richtofferte für die Evaluation zur Verfügung zu haben. Dies wurde in der Vorlage erwähnt, und es ist selbstverständlich, dass man nicht einfach eine Vorlage erstellen kann, wenn man nicht weiss, wie hoch diese Anschaffungen überhaupt kommen, und ob es auch finanziellen Sinn macht. Darum hat man eine unabhängige Firma, nämlich Auto-Interleasing AG, angefragt. Sollte dem Antrag zugestimmt werden, so wird selbstverständlich das Geschäft, gemäss dem Submissionsdekret, abgehandelt. Sie ist der Auffassung, dass der Einwohnerrat entscheidungsfähig ist, und den Rückweisungsantrag ablehnt.

Hr. **Andreas Rüegger**, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion sehr froh ist über das Votum von Stadträtin Christiane Guyer. Irma Jordi hat ihr Erstaunen zum Ausdruck gebracht, und es ist klar, dass das Beschaffungsrecht zwingend ist. Natürlich ist man froh, dass dies der Stadtrat ebenfalls so sieht und in diesem Sinne würde die FDP-Fraktion auf diesen **Nichteintretensantrag verzichten**.

Hr. **Michael Müller**, SVP, führt aus, dass auch die SVP-Fraktion über das Geschäft beraten hat. Es gibt einige wichtige Gründe, die dafür sprechen, dass man aus der SVP-Fraktion, diesem Antrag auch zustimmen will. Wenn die Flotte weiter wächst, und die Polizeiaufgaben weiter zunehmen, und man immer mehr Administration inhouse erledigen muss, heisst das, dass man irgendwann Personal aufstocken muss. Dann kann man solche Arbeiten über eine grössere Administration extern holen. Dies war einer der wichtigen Punkte. Der andere bedeutsame Punkt ist auch, dass man insbesondere die Kosten sehr genau planen kann, und man immer auf dem aktuellen Stand sein wird, und sehr genau weiss, auf was man sich einlässt. Die SVP-Fraktion wird in diesem Sinne dem Antrag zustimmen, und freut sich dann, in der Abrechnung die entsprechenden Einsparungen sehen zu dürfen.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, bedankt sich vorab für die guten Zofinger Schreibblöcke, welche sie immer benützt und bezieht sich dann auf das Geschäft GK 120. Vor Jahren hätte sie noch gesagt, in jedem Fall besser kaufen, anstelle von leasen. Heute ist das nicht mehr so. Im heutigen Geschäftsalltag hat sie mittlerweile mit einer ganzen Flotte zu tun, und stellt fest, dass man da ganz viel Geld einsparen kann. Die Leasing-Angebote mit Full-Service sind so verlockend, dass es jedem kühlen Rechner und jedem Finanzminister warm ums Herz wird. Die Fraktion der DYM begrüsst das Vorgehen der Regionalpolizei und nimmt wohlwollend zur Kenntnis, dass betriebswirtschaftliches Denken gegenüber den alten Gewohnheiten obsiegt hat, und unterstützt deshalb den Antrag.

Hr. **Franz von Büren**, SP, erklärt, dass die SP-Fraktion wie auch er selber gedacht haben, dass nur das Leasingunternehmen beim Leasen nicht aber derjenige, der ein Auto least Geld verdienen kann. Wie man sieht, wurde bei dieser Vorlage schwarz auf weiss gezeigt, dass man günstiger arbeiten kann und günstigere Autos beschaffen kann, wenn man sie least, statt selber kauft. Vor allem weil alle Kosten, auch Benzin, Versicherung, Arbeiten usw. inbegriffen sind. Seitens der SP ist man für eine Zustimmung zum Kredit – natürlich mit der Meinung, dass die genannten Zahlen eine unverbindliche Offerte sind, und wie Stadträtin Christiane Guyer gesagt hat, man nach einer Annahme, weitere, richtige Offerten einholen wird, damit man ein sauberes Submissionsverfahren durchführen kann.

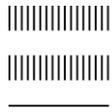
Hr. **Andreas Rügger**, FDP, gesteht, dass er sein Pulver vorher grösstenteils verschossen hat und verweist auf sein Eintretensvotum. Für die FDP ist ein Leasing flexibel und für die Beschaffung von Polizeiautos unbestritten. Ein solches bringt sicher einen grossen Kostenvorteil für die Stadt. Die FDP empfiehlt die Annahme des Antrages.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

III Ergebnis der Analyse

Fr. **Yolanda Senn**, farbtupfer, stellt mit Erstaunen fest, dass man unter Punkt III, Ergebnis der Analyse, immer nur VW-Passat und AMAG liest. Sie hofft, dass man bei der Beschaffung auch die Firmen, mit denen man bisher gut zusammengearbeitet hat, und auf die man sich rund um die Uhr verlassen konnte, berücksichtigt, und nicht nur zu AMAG geht.

Hr. **Thomas Valko**, FDP, macht auf ein kleines Detail aufmerksam, welches bei einer Neuberechnung entscheidend sein kann. Unter Punkt 3.1 Ziviles Patrouillen-Fahrzeug ist der Anschaffungspreis des Autos (VW Passat) mit CHF 29'000.– kalkuliert. Wenn man diesen Preis in der Preisliste nachprüft, findet man keinen Passat für CHF 29'000.–, dieser Preis bezieht sich sehr wahrschein-



lich auf den unter Punkt 2.2 aufgeführten VW Caddy, welcher runter gerutscht sein muss. Unter Punkt 3.1 ist somit der richtige Preis zu prüfen, und zu ergänzen.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, bezieht sich auf Punkt III, Ergebnis der Analyse, betreffend der Auswahl der Fahrzeuge. Bisher hat man bereits verschiedene Auto-Marken berücksichtigt, z.B. VW oder auch Volvo waren im Einsatz. Dies ist ein wichtiges Kriterium, dass man bei einem zukünftigen Leasing frei sein muss in der Fahrzeugwahl. Man will selber entscheiden, welches Fahrzeug, in welcher Kategorie und welche Fahrzeug-Marke von wem bezogen wird. Selbstverständlich werden alle Lieferanten berücksichtigt mit welchen in Vergangenheit gute Erfahrungen gemacht wurden. Für den Hinweis von Thomas Valko, bedankt sie sich und bestätigt, dass unter Punkt 3.1, Ziviles Patrouillen-Fahrzeug der Kaufpreis auf CHF 36'000.– korrigiert wird. Für ein Leasing würde die Kostenbilanz unter dem Strich im Vergleich somit sogar noch besser abschneiden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Der **Ratspräsident** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Die von der Repol Zofingen in den Jahren 2012 – 2014 benötigten neuen Dienstfahrzeuge seien via Flottenleasing zu beschaffen und für die entsprechenden Leasingraten inkl. Betriebskosten sei ein Verpflichtungskredit für CHF 492'000.– zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 34:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 98

GK 117

Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss der Gemeinden Brittnau und Zofingen – Auftragserteilung und Kreditbewilligung

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass in der Gemeinde Brittnau das Referendum gegen den ablehnenden Gemeindeversammlungsbeschluss betr. Machbarkeitsabklärungen mit 450 Unterschriften, bei einem Soll von 270 Stimmen, eingereicht worden ist.

Hr. **Marcel Murri**, FGPK-Präsident, nimmt es alleine auf sich, dass die Anwesenden, so lange warten mussten, da er heute wegen beruflichen Verpflichtungen später zur Sitzung eingetroffen ist. Er bittet dies als Wertschätzung zu betrachten, dass man sich im Gremium der FGPK deshalb nicht kurzfristig für ein anderes FGPK-Mitglied als Referent entschieden hat. Er hat sich am Nachmittag bereits betr. der eingegangenen 450 Referendums-Unterschriften erkundigt, deshalb kann nun über diesen Punkt hier diskutiert werden. Die Türe könnte heute Abend geöffnet werden. Als Motto, welches sicher so verstanden werden kann, hat man die Möglichkeit dies heute zu schaffen. Zofingen hat Erfahrungen in diesem Geschäft, nicht mengenmässig sondern zeitmässig. Er selber hat da bereits mitmachen dürfen und hat aus dem eigenen Umfeld erfahren, seinerzeit als Schulpflegepräsident, wie Zofingen mit der Gemeinde-Fusions-Frage umgeht. Mühletal war ein anderes Kaliber als Brittnau. Marcel Murri denkt, gerade dort war es sehr wichtig, dass der „Grosse“ den „Kleinen“ nicht zerdrückt. Bei der Frage „Fusion mit Brittnau“ stellt es sich ganz anders dar, und wenn man die Stärke der Gemeinden vergleicht, ist es dieses Mal sicher viel gleichwertiger. Trotzdem handelt es sich um einen Prozess, und da würde er vermutlich jetzt auch für Patrizia Kettner als damalige Projekt-Leiterin sprechen, es braucht sehr viel „Gespür“. Es geht um Fakten, aber mit Garantie auch um Emotionen. Man muss also dieses Geschäft sorgfältig und feinfühlig vorbereiten. Der FGPK-Präsident ist der Ansicht, dass dies bisher gut gelungen ist, und er weiss aus Erfahrung, dass

es vermutlich auch so weitergehen wird. Die FGPK hat das Geschäft am 8. März 2012 diskutiert und ist zu folgenden Schlüssen gekommen: Wie mehrmals schon geschrieben wurde, ebenso in der stadträtlichen Vorlage, werden Fakten gebraucht. Dies um vernünftige und seriöse Diskussionen führen und Emotionen kontrollieren zu können. Mit Vorbereitungsarbeiten kann man dieses Projekt umsetzen, es braucht dazu etwas Geld, das hat es seinerzeit schon bei der Fusion mit Mühlethal gebraucht. Die finanzielle Ausgangslage betreffend des Projekts mit Brittnau ist, aufgrund der Grösse der beiden Organisationen, entsprechend höher.

Die FGPK ist der Meinung, dass dieses Projekt auf dem Papier gut organisiert und sehr umfassend dargestellt ist. Weiter wurde es an der FGPK-Sitzung sehr detailliert vorgestellt, auch wie dieses Projekt, welches heute allenfalls genehmigt wird, ablaufen könnte. Marcel Murri weist vor allem auf die sehr grosse Anzahl von Arbeitsgruppen hin, welche jeweils tagen, um die vielen Fassetten in diesem Themenbereich abzudecken. Fragen, welche auch in der FGPK ansatzweise schon gestellt worden sind und uns alle, auch Brittnau, bewegen, sind z.B.: Wie wirkt sich ein Zusammenschluss auf die Verwaltung und auf die Schule aus, wie auf die Entwicklungsmöglichkeiten der beiden Gemeinden und wie auf den Steuerfuss. Ebenfalls ein kleiner aber wichtiger Faktor dieses ganzen Geschäftes. Um dies alles zu klären, braucht es Arbeitsgruppen, sonst tapen wir irgendwo im Dunkeln. Der FGPK-Präsident erkennt, dass es viele zu klärende Bereiche gibt, und evtl. kommt da ganz Erstaunliches hervor.

Der finanzielle Teil, resp. wie das Projekt finanziert wird, erscheint der FGPK ebenfalls klar, transparent und fair dargestellt. Marcel Murri hofft, Brittnau sieht dies auch so. Er betont, dass die Mitglieder des Einwohnerrates Zofingen heute die Möglichkeit haben, ein klares Signal zu setzen. Dies ist seitens Brittnau, mit dem Referendum, heute eingegangen. Welches Resultat im Juni 2012 in Brittnau erzielt wird, bestimmt das Volk in Brittnau. Die an der FGPK-Sitzung anwesenden Mitglieder, haben in diesem Sinne entschieden, und sowohl dem Vorgehen wie auch dem Kredit zugestimmt. Der Einwohnerrat hat heute die Möglichkeit diese Türe zu öffnen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Irma Jordi**, DYM, führt aus, dass am 1. Januar 2012 auf 10 erfolgreiche Jahre Zusammenschluss „Zofingen - Mühlethal“ zurückgeblickt werden durfte. Diese Erfolgsgeschichte dürfte sich durchaus ein 2. Mal wiederholen. Die Erfahrungen, welche die Stadt Zofingen mit diesem Zusammenschluss gemacht hat, sind durchwegs positiv gewesen. Diese Kenntnisse können auch bei einer weiteren Machbarkeitsabklärung sehr nützlich und von grossem Vorteil sein. Offensichtlich ist jetzt die Gemeinde Brittnau durch das Zustandekommen des Referendums ebenfalls fit für dieses Projekt. Man hofft, dass dann die Abstimmung gelingt. Als Zentrumsgemeinde sieht man es als Pflicht, heiratswillige Nachbargemeinden zu begrüßen, und ein allfälliger Zusammenschluss mit ihnen ernsthaft zu prüfen. Dies wohlverstanden unter Einbezug von verschiedenen Gruppen aus der Bevölkerung, von Behörden, Institutionen und Vereinen. Die Fraktion der DYM stimmt den stadträtlichen Anträgen zu und gibt grünes Licht für die Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss Zofingen – Brittnau.

„Drum prüfe, wer sich ewig bindet“, das ist nicht nur die Meinung von Friedrich Schiller gewesen, sondern auch die der FDP-Fraktion, erklärt Fr. **Claudia Hauri**, FDP. Die FDP findet es wichtig und richtig, dass alle Fakten gut abgeklärt werden um später fundierte Entscheidungen zu treffen. Die Fraktion der FDP stimmt diesem Antrag zu.

Fr. **Rahela Syed**, SP, möchte es ebenfalls kurz machen und erklärt, dass die Fraktion der SP dafür ist, diese Machbarkeitsabklärungen durchzuführen und hofft, dass in Brittnau diese Volksabstimmung gelingt. Die SP stimmt dieser Vorlage zu.

Hr. **Markus Gfeller**, SVP, erklärt, dass auch die SVP-Fraktion die Machbarkeitsabklärung befürwortet. Die Vorlage ist gut verfasst und es geht auch auf den ersten Blick hervor, warum dieses viele Geld benötigt wird. Es sind sehr umfassende und weitreichende Fragestellungen, welche man sich hier vorgibt. Das ist richtig so. Für die Fraktion der SVP ist es wichtig, dass am Schluss die Vorteile für Zofingen, gegenüber einem Alleingang überwiegen, nur dann macht ein Zusammenschluss Sinn. Wir wollen uns daher noch nicht auf die Heirat freuen, sondern dies wirklich zuerst prüfen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, möchte sich herzlich für diese positiven Einführungen bedanken. Es ist wichtig, dass man ein positives Zeichen setzt und man bereit ist, dieses Projekt einer intensiven Prüfung zu unterziehen, nachdem man das Vorprojekt mit unserer Nachbargemeinde Brittnau schon gemacht hat. Man muss auch hier offen sein und genauer auf diese Sache eingehen. Nachdem das Referendum in Brittnau zu Stande gekommen ist, geht der Stadtammann davon aus, dass dies die Brittnauer Bevölkerung ähnlich wahrnimmt. Er erklärt, dass dieses Geschäft nicht mehr im Einwohnerrat behandelt werden muss, wenn die Brittnauer diesem zustimmen. Anschließend erläutert der Stadtammann das weitere Vorgehen und die Projekt-Organisation anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Wer macht was? – Grundsätzlich sind alle Gremien paritätisch mit jeweils 2 Mitgliedern aus beiden Gemeinden besetzt. Die Organisation besteht aus einem **Projektrat**, dieser ist das politische Steuerungsorgan. Seitens Zofingen sind darin Stadträtin Christiane Guyer und Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger vertreten. Weiter ist die **Projektleitung** als operative Ebene tätig. Hier ist es sehr bedeutend zu wissen, welche Aufgaben die externe Begleitung durch Beat Rüegger, BDO AG, übernimmt. Es war von Beginn weg klar, dass die Gewichte innerhalb der Projektleitung ausgeglichen zu verteilen sind. Zofingen kann mehr Verwaltungsressourcen anbieten als Brittnau, daher hat man die externe Unterstützung auf Brittnauer Seite etabliert. Es ist nicht so, wie oft in anderen Projekten beobachtet werden kann, dass eine externe Projektleitung besteht, sondern hier ist man in der Balance paritätisch. Seitens der Stadt Zofingen sind in der Projektleitung René Küng, Leiter Finanzen und Controlling, und Arthur Senn, Stadtschreiber, vertreten. Aus der Gemeinde Brittnau ist nebst Gemeindeschreiberin Denise Woodtli, auch Beat Rüegger, BDO AG, vertreten. Er coacht den Gemeinderat Brittnau in diesem Projekt. So sind die personellen Ressourcen ausgeglichen.

Man hat im Projekt mit Uerkheim sehr gute Erfahrungen gemacht, ohne eine externe Projektleitung als Moderation. Er ist überzeugt, dass dies auch im Projekt Brittnau erfolgreich umgesetzt wird. Neu soll die Bevölkerung auf dieses Projekt synchronisiert werden. Für das gibt es die sogenannten **Inputgruppen**. Die Bevölkerung sowie alle politisch interessierten Kreise in Brittnau und Zofingen sind zur Mitarbeit aufgerufen. Diese Inputgruppen erarbeiten, jede Gemeinde individuell für sich, Positionen, welche man in den einzelnen Themenbereichen beziehen möchte. Die **Arbeitsgruppen**, welche pro Gemeinde zusammenkommen, erarbeiten Lösungsvorschläge in den zugewiesenen Themen und erstatten Berichte zu den Auswirkungen eines möglichen Zusammenschlusses. Die Spielregeln für die Bildung, Themen- und Mitgliederaufteilung der Arbeitsgruppen sind in der Präsentation „Projekt Zofingen - Brittnau“ definiert und werden vom Stadtammann erläutert. Grundsätzlich wird eine Win-Win-Situation angestrebt. Beide Gemeinden sollen bei einem Zusammenschluss gewinnen.

Hr. Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann, erlaubt sich einen Blick auf den gegenwärtigen Zeitplan zu werfen. Momentan bestehen zwei Projekt-Pendenzen. Beim Projekt mit Uerkheim ist man bereits am Beenden der aktualisierten Projektgruppenberichte, welche im Projekt mit Brittnau Arbeitsgruppenberichte genannt werden. Beim Projekt Uerkheim, wird ein neuer, aktualisierter Erläuterungsbericht sowie ein neuer Zusammenarbeitsvertrag erstellt. Die Unterlagen werden zu gegebener Zeit öffentlich gemacht. Er bittet die Mitglieder des Einwohnerrates auch dieses Projekt aktiv zu begleiten. Er ist überzeugt, wenn das Projekt mit Uerkheim nicht erfolgreich abgeschlossen werden kann, man auch mit dem Projekt Brittnau in grösste Schwierigkeiten geraten wird. Es ist eine Vertrauenssache, Marcel Murri hat dies heute bereits betont. Vertrauen heisst auch, dass eine Gemeinde, die mit Zofingen solche Abklärungen trifft, darauf bauen kann, dass Zofingen zu einem Zusammenschluss bereit ist. Wenn Zofingen ein anderes Signal in einem ersten Zusammenschluss gibt, dann glaubt der Stadtammann kaum an einen Vertrauensaufbau, für weitere Zusammenschlussabklärungen, oder gar an einen erfolgreichen Zusammenschluss.

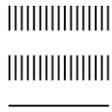
Hr. **André Kirchhofer**, FDP, befürwortet es persönlich sehr, eine Form der Zusammenarbeit, bzw. eine solche zu prüfen. Sie bietet Chancen, Vorteile, Risiken und Gefahren. Genau diese Dinge sind zu durchleuchten. Ziel ist sicher eine saubere Auslegeordnung, damit man später eine fundierte Grundlage für einen Entscheid hat. Aber – und das ist jetzt ein deutliches „aber“ und dieses setzt evtl. bereits Emotionen frei – wenn man heiraten will, kommt vorher eine Phase des Verliebtseins. Er glaubt, dass es nicht sein kann, jemandem oder dem was man gerne hätte, blind vor Liebe und brennend vor Sehnsucht hinterher zu hecheln und eigentlich immer bloss die kalte Schulter präsentiert zu bekommen. In diesem Sinne kann wiederholt werden, was er mit seinem Vorstoss vor einiger Zeit bezweckt hat, er möchte eine Ernsthaftigkeit spüren, auch aus den anderen Gemeinden heraus. Weil Zofingen – und das kann man vielleicht so sagen – kann auch „alleine Leben“ – und wer nicht will, den will man nicht zum Glück zwingen. Selbstverständlich sind Brittnau und Uerkheim beide herzlich willkommen, doch zwingen will man niemanden, aber es sollte immer von beiden Seiten her der Wille spürbar sein.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet der **Vorsitzende** die Detailberatung.

III Kennzahlen im Vergleich

Fr. **Claudia Hauri**, FDP, erklärt, dass sie sich gerne zu III Kennzahlen im Vergleich und IV Vorprojekt äussern möchte. Bei den Kennzahlen steht Nettoschuld pro Einwohner 2010: Zofingen 268 / Brittnau 849. Unter IV Vorprojekt steht hingegen, die Verschuldung der beiden Gemeinden ist in etwa gleich hoch. Wie kann das erklärt werden?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, bemüht sich, keine finanztechnische Auslegeordnung zu machen. Als kurze Vorbemerkung erklärt er, dass er exakt heute an einer grossrätlichen Kommissionssitzung (HRM2) teilgenommen hat. Wenn diese Form der Rechnungslegung bereits eingeführt wäre, dann hätte sich die Frage von Claudia Hauri erübrigt. Die Problematik besteht in der Momentaufnahme, mittlerweile stimmt diese Nettoschuld bereits nicht mehr. Aktuell hat es sich auf der anderen Seite bereits wieder in ein Nettovermögen umgewandelt. Grundsätzlich ging es darum zu sagen, dass keine grundlegenden Unterschiede in den finanziellen Grundsituationen und der finanziellen Leistungsfähigkeit bestehen. Dies war die Ausgangslage. Die erhobenen Zahlen von Ende 2010 sind Ende 2011 schon wieder falsch und müssen aktualisiert werden. Die Aussage, beide Gemeinden gehen ca. von gleichen Selbstfinanzierungsgraden pro Kopf, und ca. von gleichen Situationen aus, was die allgemeine Verschuldung angeht, trifft zu. Wenn man aber die Substanz anschaut, und das müsste man dann mit HRM2 rechnen, ergibt sich evtl. ein Unterschied.



Der **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Der Stadtrat sei zu ermächtigen und zu beauftragen Entscheidungsgrundlagen für die Klärung der Machbarkeit eines Zusammenschlusses von Brittnau und Zofingen auszuarbeiten und das Ergebnis dem Einwohnerrat zu unterbreiten. Mit dem allfälligen befürworteten Antrag für einen Zusammenschluss sei der entsprechende Vertrag vorzulegen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

2. Zu diesem Zweck sei ein Verpflichtungskredit von Brutto CHF 125'000.– abzüglich Beitrag Kantonsanteil an den Projektkosten zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 99

GK 101

Interpellation von Marco Arni (glp/DYM) vom 12. September 2011 betr. Einführung des neuen Natur- und Bewegungskindergartens als Chance (Begründung und Beantwortung)

Der **Ratspräsident** fragt den Interpellanten an, ob er mit der schriftlichen Antwort des Stadtrates zufrieden sei oder nicht.

Hr. **Marco Arni**, DYM, gesteht, dass diese Interpellation aus einer Befürchtung heraus entstanden ist, dass wegen der völlig unerwartet, explodierenden Kinderzahlen, eine Notmassnahme getroffen wird. Er ist jedoch aufgrund der Interpellationsantwort, wie aber auch von dem was man sonst lesen konnte, mittlerweile beruhigt worden. Es scheint, dass es wirklich ein gutes, pädagogisch fundiertes Projekt mit viel Engagement und Herzblut gibt. Daher erklärt sich Marco Arni zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Er dankt allen, die zu dieser Antwort beigetragen haben, und wünscht dem Vorhaben einen guten Startschuss im August 2012.

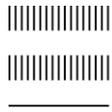
Art. 100

GK 102

Postulat von Renata Siegrist, Marco Arni und Dominik Gresch (alle glp/DYM) und Mitunterzeichnende vom 12. September 2011 betr. Einführung von Betreuungsgutscheinen (Begründung und Beantwortung)

Der **Präsident** bittet Fr. Renata Siegrist, DYM, zur Begründung des Votums auf.

Fr. **Renata Siegrist**, DYM, erklärt, man sei mit der Antwort des Stadtrates sehr zufrieden und man entnehme daraus, dass er guten Willens ist, die Problematik der uneinheitlichen Unterstützung der Kindertagesstätten zu überdenken. Mit der Entgegennahme des Postulats, verbindet man aber auch die Hoffnung, dass Zofingen bereit ist für eine Gesamtshow betreffend Familienergänzende Kinderbetreuung, und die Thematik in Angriff zu nehmen. Mit einem Augenzwinkern würde sich Renata



Siegrist persönlich freuen, einmal Ja sagen zu dürfen, zu Ausgaben, die direkt den Familien in unserer Stadt zugute kommen, und insbesondere den Kindern die hier aufwachsen, und nicht immer Ja sagen zu müssen, zu Strassen und Abwasserleitungen.

Der **Vorsitzende** lässt über die Überweisung des Postulats abstimmen:

Der Überweisung des Postulats erfolgt mit 30:5 Stimmen.

Art. 101

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

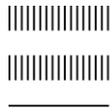
Hr. **André Kirchofer**, FDP, bemerkt, dass am 11. März 2012 abgestimmt wurde. Ein klares Ja zum Gegenvorschlag beim Parkregime, das war ein guter Gegenvorschlag, er kann es nur wiederholen. So gut, dass es für die Bevölkerung selbstverständlich ist, dass dieser Gegenvorschlag sicher am 1. April 2012 bereits in Kraft tritt. Das ist sicher für alle selbstverständlich, und er möchte den Stadtrat anfragen, ob dies auch für ihn selbstverständlich ist.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, nimmt Stellung, dass der genehmigte Gegenvorschlag per 1. April 2012 nicht eingeführt werden kann. Da braucht es noch Vorbereitungsarbeiten, z.B. Tarife drucken oder Umstellungen, die noch vorgenommen werden müssen. Die Einführung ist auf den 1. Juli 2012 vorgesehen.

Hr. **Benno Riss**, SP, hat zwei Fragen zum Gemeindeschulhaus. Die erste betrifft den Poller, welcher auf der Südseite des GMS aufgestellt wurde und sich bisher bewährt hat, bis auf den Zwischenfall mit dem einen Autofahrer. Das Parkproblem der Eltern, welche ihre Kinder von der Schule abholen, ist immer noch nicht ganz gelöst. Viele Eltern warten vor dem Schützenhaus auf ihre Kinder. Selbst Benno Riss's Tochter hat bemerkt, dass auf dem Schulhausplatz (Nordseite), die Autos während der Pausenzeit wenden. Er hat gehört, dass auf der Nordseite evtl. ebenfalls ein Poller platziert werden soll. Wie geht es diesbezüglich weiter?

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, bestätigt, dass es angedacht war, auf der Nordseite des Gemeindeschulhauses ebenfalls einen Poller zu montieren. Ein Poller ist südseitig in Betrieb, und wie erwähnt, musste dieser bereits einmal ersetzt werden. Ansonsten hat sich der installierte Poller soweit gut bewährt. Es ist noch kein Projekt für die Montage eines zweiten Pollers angedacht. Dieses Anliegen wird aufgenommen und eine Realisation wird geprüft. Eine Terminangabe muss noch offen gelassen werden.

Hr. **Benno Riss**, SP, erkundigt sich wegen einer Funkantenne, die auf dem Gemeindeschulhaus installiert werden soll. Weiss man schon etwas davon, und wie ist das weitere Vorgehen?



Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, bezieht sich auf die Natelantenne, über welche hier bereits diskutiert wurde, und über das Projekt im Mühlethal, wovon man in Kürze wieder Neuigkeiten erfahren wird. Es ist so, man hat eine Anfrage der Swisscom für einen neuen Standort für eine Natelantenne erhalten. Es geht darum, das Gebiet im Bereich des Gemeinde-/Bezirksschulhauses und Stadtsaals abzudecken. Diesbezüglich laufen noch Abklärungen. Er geht davon aus, dass wenn man sich mit dem Anbieter einigen kann, der Stadtrat dies mit einem Communiqué mitteilen wird, wo und aus welchen Gründen man einen bestimmten Standort vorschlägt. Dies erfolgt im Zeitpunkt, in dem das Baugesuch aufgelegt wird.

Art. 102

Verabschiedungen

Verabschiedung Fr. Anita Bolliger (DYM/EVP)

Anita Bolliger ist seit dem 1. Januar 2006 im Wohnerrat und hat sich stark für die schulischen Anliegen im Wohnerrat eingesetzt. Kein Wunder hat sie doch in der gleichen Zeit auch das Amt der Vizepräsidentin resp. der Präsidentin der Schulpflege ausgeübt. Der Wohnerrat will ihr danken, dass sie sich immer für die Zofinger Bevölkerung eingesetzt hat, nicht zu letzt für die Allerkleinsten und Jüngsten. Der **Ratspräsident** dankt ihr ganz herzlich.

Verabschiedung Hr. Bruno Blöchliger (FDP)

Bruno Blöchliger ist ein Teil des Zofinger Gewerbes. Seine Voten sind stets Gewerbedienlich gewesen, das wird uns fehlen, und andere Gewerbler werden sich nun für das Gewerbe einsetzen müssen. Der **Präsident** dankt Bruno Blöchliger für seine Arbeit in der Öffentlichkeit.

Der **Vorsitzende** bittet die beiden Wohnerräte nach vorne und überreicht die obligaten Abschiedsgeschenke (Rathäusler, Gläser und Glasteller). Unter Applaus werden die beiden Zurückgetretenen verabschiedet.

Der **Ratspräsident** kommt zum Schluss der Sitzung und teilt mit, dass die nächste Wohnerrats-sitzung am 21. Mai 2012 stattfindet.

Schluss der Sitzung: 20.22 Uhr

Für getreues Protokoll:

Thomas Bühler
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer